

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

33. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu den auf europäischer Ebene diskutierten Vorschlägen einer Patentrechtsschutzpflichtversicherung, wie sie in der Studie „Patent Litigation Insurance, Final Report“ vom Juni 2006 der CJA Consultants Ltd. (<http://ec.europa.eu>) enthalten sind, und wie schätzt die Bundesregierung die durch eine derartige Versicherung auf die Patentrechtsinhaber zukommenden Belastungen ein?

**Antwort der Bundesministerin Brigitte Zypries  
vom 26. Januar 2007**

Die Bundesregierung ist von der Notwendigkeit der Einführung einer Patentrechtsschutzpflichtversicherung nicht überzeugt. Wie hoch die durch eine derartige Versicherung auf die Patentrechtsinhaber zukommenden Belastungen wären, kann die Bundesregierung nicht sagen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie rechnet in seiner – ablehnenden – Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission vom 8. Januar 2006 mit relativ hohen Prämien.

34. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Wie oft wurde in den letzten fünf Jahren in Deutschland gegen gebietsfremde Beschuldigte Untersuchungshaft mit der Begründung verhängt, dass wegen eines ausländischen Wohnsitzes Fluchtgefahr bestehe, und wie oft wurde im selben Zeitraum in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gegen deutsche Beschuldigte Untersuchungshaft mit der Begründung verhängt, dass wegen eines nicht in diesem Staat gelegenen Wohnsitzes Fluchtgefahr bestehe?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach  
vom 29. Januar 2007**

Zum ersten Teil der Frage (Untersuchungshaft in Deutschland) liegen der Bundesregierung keine statistischen Erkenntnisse vor. In der Strafverfolgungsstatistik wird zwar erhoben, ob bei Personen, über die die Strafverfolgungsstatistik berichtet, Untersuchungshaft vollzogen wurde. Allerdings wird dort bei Ausländern nicht erfasst, ob deren Wohnsitz im Ausland liegt. Außerdem differenziert das Auswertungsprogramm bei den Tabellen über die Untersuchungshaft nicht nach der Staatsangehörigkeit. In den übrigen Statistiken der Rechtspflege sind entsprechende Angaben ebenfalls nicht enthalten.